

63. (außerordentliche) Sitzung

am Dienstag, dem 1. Juli 2014

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 4637

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte

Antrag der Abgeordneten Frau Ahrens, Bensch, Bödeker, Dr. vom Bruch, Frau Grobien, Frau Grönert, Frau Häslar, Hinners, Imhoff, Kastendiek, Kau, Knäpper, Dr. Korol, Frau Neumeyer, Frau Piontkowski, Ravens, Röwekamp, Rohmeyer, Frau Salomon, Strohmann, Timke, Dr. Yazici

vom 19. Juni 2014

(Drucksache 18/1453)

| | |
|---|------|
| Abg. Röwekamp (CDU) | 4637 |
| Abg. Dr. Korol (BIW) | 4642 |
| Abg. Tschöpe (SPD) | 4643 |
| Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) | 4646 |
| Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) | 4649 |
| Abg. Röwekamp (CDU) | 4652 |
| Abg. Rupp (DIE LINKE) | 4654 |
| Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) | 4655 |
| Abstimmung | 4656 |

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Dogan, Erlanson, Jägers, Frau Mahnke, Öztürk, Frau Salomon, Schildt, Tsartilidis, Frau Wendland.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Grotheer****Vizepräsidentin Schön****Schriftführerin Mahnke****Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh**

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Professor Dr. Quante-Brandt** (SPD)

Senator für Gesundheit **Dr. Schulte-Sasse**

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Frehe** (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Härtl** (Senator für Gesundheit)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Münch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat Professor **Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung
und für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 11.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 63. außerordentliche Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Betriebsräte des Klinikverbundes Gesundheit Nord. – Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Aussprache über den Antrag aller Abgeordneten der CDU und der Gruppe BÜRGER IN WUT Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte ist interfraktionell für den jeweils ersten Redner je Fraktion eine verlängerte Redezeit von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Danach wird nach der Geschäftsordnung verfahren.

In dieser Aussprache erhält als erster Redner der Vertreter der Fraktion der CDU das Wort, danach der Vertreter der Gruppe BÜRGER IN WUT, anschließend die Vertreter der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE.

(B) Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Überstunden im öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 25. Juni 2013
2. Materielle Unterstützung Bremens für die Kirchen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 29. Oktober 2013
3. Weiterbildungsangebote stärker verzahnen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 28. Januar 2014
4. Suchtprävention für Menschen mit geistigen Behinderungen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Mai 2014
5. Antibiotikaresistente Keime im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Mai 2014
6. Berufsbildungsexport als Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 3. Juni 2014

7. Umkehr der Steuerschuldnerschaft nach § 13b UStG – Umsetzung in die Praxis im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 3. Juni 2014 (C)

8. Qualitätsstandards für die Verpflegung in Krankenhäusern im Land Bremen – Nachfragen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 4. Juni 2014

9. Optimierung des verkehrlichen Anschlusses Bremerhavens
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2014

10. Volkskrankheit Diabetes? Situation von Diabetikern im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2014

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

(D)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte

Antrag der Abgeordneten Frau Ahrens, Bensch, Bödeker, Dr. vom Bruch, Frau Grobien, Frau Grönert, Frau Häslar, Hinners, Imhoff, Kastendiek, Kau, Knäpper, Dr. Korol, Frau Neumeyer, Frau Piontkowski, Ravens, Röwekamp, Rohmeyer, Frau Salomon, Strohmänn, Timke, Dr. Yazici
vom 19. Juni 2014
(Drucksache 18/1453)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Schulte-Sasse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns hier heute zu einer Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zusammengefunden, obwohl man, wenn man in den Kreis schaut, das

- (A) auch für eine veritable Geburtstagsgesellschaft halten könnte.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident, es war sicherlich nicht leicht, alle Fraktionen davon zu überzeugen, die heutige Sondersitzung an Ihrem Ehrentag stattfinden zu lassen, und deswegen möchte ich – ich denke, zu diesem Zeitpunkt noch im Namen aller – Ihnen zu Ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche Ihrer Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament übermitteln,

(Beifall)

Ihnen zugleich für das neue Lebensjahr viel Gesundheit und Kraft, viel Freude an uns und mit uns und mit Ihrer parlamentarischen Tätigkeit und eine gute Vertretung der bremischen Interessen wünschen. – Herzlichen Glückwunsch, Herr Präsident!

(Beifall)

Zur Sache! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat gemeinsam mit der Unterstützung der beiden Abgeordneten der Gruppe BÜRGER IN WUT beantragt, eine Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft stattfinden zu lassen. Ich möchte mich vorab beim Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der übrigen Fraktionen ganz herzlich dafür bedanken; dass diesem Antrag auf Sondersitzung so schnell und unbürokratisch entsprochen werden konnte. Untersuchungsausschüsse sind das vornehmste Recht eines Parlaments, und sie sind das stärkste Schwert der Opposition. Insofern ganz herzlichen Dank dafür, dass wir so schnell über unseren Antrag beraten können!

(B)

Anlass für die Beratung ist die Situation des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte. Zugegeben, das Klinikum Bremen-Mitte und die Finanzierungsschwierigkeiten nicht nur des Neubaus, sondern insbesondere auch der Betriebsgesellschaft, der GeNo insgesamt, haben uns in der Vergangenheit schon mehrfach beschäftigt. Die Schlagzeilen haben, auch unabhängig von den Schlagzeilen über den Teilersatzneubau, in den vergangenen Monaten die politische Landschaft bestimmt, wie ich finde, zu Recht, handelt es sich doch bei dem Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte um das zurzeit größte staatliche Investitionsvorhaben in Bremen und Bremerhaven, zu Recht auch, weil viele Menschen auf die Versorgung durch hoch qualifizierte und hoch effiziente Einrichtungen der Daseinsfürsorge wie Kliniken angewiesen sind, aber auch weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GeNo-Konzerns, insbesondere aber des Klinikums Bremen-Mitte, seit Jahren darauf warten, dass die notwendigen Investitionsmaßnahmen in neue Gebäude und den Klinikbetrieb trotz

der bis dahin aufgetretenen Schwierigkeiten möglichst umgehend effizient und erfolgreich durchgeführt werden können.

(C)

Es gibt aus meiner Sicht zurzeit kein wichtigeres Vorhaben als den Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte. Die Geschichte dieses Teilersatzneubaus reicht bis mindestens in das Jahr 2006 zurück. Ich möchte uns allen noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir auch deswegen über ein so großes Volumen reden, weil die politische Verantwortung in der Vergangenheit den betriebsnotwendigen Investitionen in die Klinikstandorte vernachlässigt hat. Das ist ein Fehler, meine sehr verehrten Damen und Herren, den wir zurzeit teuer bezahlen, ein Fehler, aus dem im Übrigen auch die derzeitige politische Mehrheit in Bremen und insbesondere der Senat nichts gelernt haben, denn wir steuern auch bei anderen öffentlichen Gebäuden, insbesondere beim Klinikum Bremen-Ost, zurzeit einen Kurs, der nicht einmal die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionen in die Leistungsfähigkeit dieser Klinik gewährleistet.

Meine Damen und Herren, bei all dem, was wir schon wissen, kann man jetzt schon feststellen: Der Senat und die rot-grüne Landesregierung haben die notwendigen Konsequenzen aus den Versäumnissen beim Klinikum Bremen-Mitte bis heute nicht verstanden und vor allem nicht gezogen!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Der Senat hat sich erstmalig im Jahr 2006 mit dem Masterplan der Klinikum Bremen-Mitte GmbH beschäftigt und seinerzeit beschlossen, das Investitionsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 192 Millionen Euro in Bremen im Wege des PPP-Verfahrens umzusetzen. Es erfolgte die Ausschreibung im Wege des wettbewerblichen Dialoges, und es hat danach mit den Bietern eine Verhandlungsphase gegeben.

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen im Jahr 2007 konnte das Projekt trotz eines Senatsbeschlusses im Februar 2007 und einer fertigen Planung nicht mehr zu Ende geführt werden. Nach der Bürgerschaftswahl im Jahr 2007 hat insbesondere die Finanzsenatorin und Bürgermeisterin Frau Linnert immer wieder Zweifel an diesem Projekt geäußert. Sie war es auch, die federführend dafür war, dass das Projekt als Public Private Partnership im Jahr 2008 am Ende dann gestoppt wurde, im Übrigen mit einer Begründung, die heute noch lesenswert ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich zitiere aus der Zeitschrift „mittendrin“ des Betriebsrats des Klinikums Bremen-Mitte aus dem Jahr 2009.

In einem Interview sagte Frau Bürgermeisterin Linnert damals auf die Frage, warum denn eigentlich das damalige Planungsverfahren abgebrochen und ein neues Verfahren eingeleitet worden sei, wörtlich, Zitat: „Die damalige Geschäftsführung hat über Jahre den

(A) falschen Eindruck vermittelt, das PPP-Modell sei alternativlos, kostengünstig und auf einem guten Weg“. Von Anfang an wurde nur auf diese eine Karte gesetzt, dabei stand die Planung auf tönernen Füßen. Das angeblich ach so wirtschaftliche PPP-Modell verlor bei näherer Betrachtung schnell an Charme: Private Investoren engagieren sich nicht uneigennützig, sie wollen Gewinne erzielen – die Rendite muss stimmen. Das hätte den ohnehin hohen Kostendruck verschärft, denn die Beschäftigten hätten die Gewinne des Privatinvestors zusätzlich erwirtschaften müssen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Wissen von heute muss man sagen, der Senat hat über Jahre hinweg den falschen Eindruck vermittelt, das von ihm gewählte Verfahren sei alternativlos, kostengünstig und auf einem guten Weg. Von Anfang an hat der Senat nur auf diese eine Karte gesetzt, dabei stand die Planung, wie wir heute wissen, auf tönernen Füßen. Das angeblich so kostengünstige Verfahren, den Bau selbst zu planen und durchzuführen – so müsste man es heute mit den Worten der Senatorin sagen –, verlor bei näherer Betrachtung schnell an Charme: Der Senat hat dieses Projekt nicht im Griff, er hat alle Fehler gemacht, die man bei einer solchen Großbaustelle und bei einem solchen Großbauvorhaben machen kann.

(Beifall bei der CDU)

(B) Das von Frau Bürgermeisterin Linnert abgebrochene PPP-Verfahren war übrigens seinerzeit nicht das einzige PPP-Verfahren in Deutschland. So konnten wir lesen, dass im Mai dieses Jahres ein später begonnenes PPP-Verfahren zum Neubau zweier Kliniken im Hochtounuskreis nicht nur fristgerecht dem Betrieb übergeben werden konnte – also alle Termine wurden eingehalten –, sondern auch noch kostengerecht.

Hätten Sie seinerzeit, sehr geehrte Frau Linnert, nicht aus ideologischer Verblendung heraus ein erfolgreiches Verfahren abgebrochen, dann könnten wir heute schon in einem neuen Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte den Bürgerinnen und Bürgern vernünftige Leistungen anbieten. Sie haben diesen Abbruch zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

In der Folgezeit hat der Senat also die Planungen selbst in die Hand genommen beziehungsweise durch die GeNo in die Hand nehmen lassen, im Übrigen ein sehr engagiertes Programm. Der Senatsbeschluss zum Sanierungskonzept sah ja vor, dass 860 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum Jahr 2015 im GeNo-Konzern abgebaut werden sollten, es wurde eine Leistungssteigerung um 0,7 Prozent pro Jahr vorgegeben, die Sachkosten sollten um 5 Prozent reduziert werden, die Zentralisierung aller patientenfernen Dienstleistungen sollte erfolgen. Meine Da-

men und Herren, das ist ein sehr engagiertes und auch risikobehaftetes Verfahren.

(C)

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich mit diesem dann innerhalb von einem Jahr unter Federführung der Senatorin für Gesundheit damals entwickelten Verfahren beschäftigt und auch das Gesamtfinanzierungskonzept für den Teilersatzneubau beschlossen, übrigens mit dem Ergebnis, dass das volle wirtschaftliche Risiko bei Ihnen, bei den Vertreterinnen und Vertretern der Bremer Bürgerinnen und Bürgern liegt. Jeder Euro Kostenüberschreitung, der auf dieser Baustelle entstanden ist und künftig noch entstehen wird, geht aufgrund der Risikoverteilung zu Lasten der öffentlichen Hand, meine Damen und Herren!

Das PWC-Gutachten, das erst nach der Befassung im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt wurde, sprach schon damals von erheblichen und nicht bezifferbaren Kostenunsicherheiten, es sprach schon damals von hohen Risiken durch Einzelvergabe statt Vergabe an einen Generalunternehmer, von Risiken durch Baukostensteigerungen, von erheblichen Risiken bei der Gegenfinanzierung durch Personalabbauzahlen und medizinischem Konzept. Trotzdem hat der rot-grüne Senat an diesen Planungen festgehalten und es gerade noch geschafft, und nach fast vierjähriger Planung, die im Übrigen die vorherigen Planungskosten vollkommen nutzlos gemacht und neue Planungskosten in Millionenhöhe erzeugt haben, haben der Bürgermeister und die zuständigen Senatoren es sich nicht nehmen lassen, am 9. Mai 2011, also unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl, den ersten Spatenstich für diesen Teilersatzneubau zu tätigen. Bereits im Februar war die europaweite Ausschreibung für den Rohbau erfolgt, es erfolgten dann Vergabeverfahren, die zu den ersten Bauzeitverzögerungen geführt haben. Erst am 2. August 2012 wurde dann ein erster Risikobericht für den Fortschritt auf der Baustelle vorgelegt. Die Risiken wurden seinerzeit auf 34,8 Millionen Euro beziffert, ein Risiko, das übrigens durch die GeNo-Geschäftsführung pauschal bestritten wird, ohne Substanz wird gesagt, allenfalls 16 Millionen Euro seien gerechtfertigt.“

(D)

Nunmehr sind wir bei dem im PPP-Verfahren ursprünglich mit 191 oder 192 Millionen Euro geplanten Projekt schon bei 265 Millionen Euro. 70 Millionen Euro Mehrkosten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind für Bremen kein Pappentier, und deswegen stellt sich auch die Frage, die im Untersuchungsausschuss zu klären sein wird: Was haben eigentlich die politisch verantwortlichen Senatoren für Gesundheit und Finanzen während dieses Zeitraums getan, um die termin- und kostengerechte Fertigstellung dieses so wichtigen und zentralen Bauvorhabens in Bremen sicherzustellen? Da reicht es sicherlich nicht aus, Frau Bürgermeisterin Linnert, dass in der Antwort des Senators für Gesundheit auf unseren detaillierten Fragenkatalog gesagt wird, die Se-

(A) natorin wäre mit dem Vorgang persönlich nicht befasst gewesen.

Nun kann man schon darüber schmunzeln, dass sich eine Finanzsenatorin nicht um ein solches Risiko kümmert, weil sie sich vielleicht nicht für verantwortlich hält, aber politische Verantwortung besteht nicht nur darin, formal beteiligt zu werden. Meine Erwartungshaltung an eine bremische Finanzsenatorin ist, sich bei solchen Großprojekten selbstverständlich in der Weise einzubringen, dass sie kontrolliert, ob termin-, zeit- und kostengerecht gearbeitet und mit den öffentlichen Mitteln, die von ihr verwaltet werden und ihr treuhänderisch übergeben worden sind, auch sachgerecht umgegangen wird. Eine Finanzsenatorin kann in einer solchen Situation nicht auf stumm schalten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Nach dem Keimskandal, mit dem sich ja der vorherige Untersuchungsausschuss befasst hat, fanden die Grundsteinlegung und das Richtfest statt, übrigens mit schwindender politischer Prominenz, das kann man an dieser Stelle sagen. Offensichtlich wollte man seinerzeit keine Bilder erzeugen, die jemanden bei einem weiteren Problemfortschritt in Verlegenheit bringen könnten.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus den rudimentären Antworten des Senators für Gesundheit auf unseren detaillierten Fragenkatalog wissen wir, dass es spätestens ab dem Jahr 2010 bereits erhebliche Planungsprobleme auf der Baustelle gab, und zwar beim Generalplaner. Diese wurden im Jahr 2010 gerügt, und trotzdem erhielt der Generalplaner auch im Jahr 2010 den weiteren Auftrag für die Leistungsphasen 4 bis 9, nämlich die Mitwirkung bei der Genehmigungsplanung bis hin zur Überwachung des Baufortschritts und des Objekts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es konnte bis heute nicht geklärt werden, warum man demjenigen einen weiteren Auftrag erteilt, mit dessen bisheriger Leistung man nicht zufrieden war. Ich sage zumindest für mich, wenn es zum damaligen Zeitpunkt schon erhebliche Anhaltspunkte für Planungsprobleme und -fehler beim Generalplaner gegeben hat, dann wären die GeNo und auch der Senat sehr gut beraten gewesen, die Beauftragung des Generalplaners mit weiteren Leistungsphasen zumindest kritisch zu hinterfragen, wenn sie nicht sogar verpflichtet gewesen wären, im Wege des Vieraugenprinzips jemand anderen mit diesen weiteren Planungsleistungen zu beauftragen. Das ist eine Frage, der der Untersuchungsausschuss nachgehen muss: Warum haben der Senator für Gesundheit und die GeNo eigentlich immer weiter demjenigen vertraut, der ihnen immer weitere Planungsfehler offenbart hat? Meine Damen und Herren, so verhält sich kein privater Bauherr, so etwas macht man nur, wenn man nicht mit eigenem Geld baut!

(Beifall bei der CDU)

(C)

Im Januar 2013 räumte auch der Senator für Gesundheit ein, dass es Verzögerungen beim Bau allein durch den Generalplaner gegeben hat. Es steht fest, dass im April 2013 der Trockenbau schon verspätet begonnen wird, im Sommer 2013 nehmen die Planungsfehler des Generalplaners weiter zu, die Planung des Innenausbaus ist ungeeignet, und der Projektsteuerer setzt den Generalplaner in Bezug auf die Planung der Trockenbauarbeiten erstmalig in Verzug. Der erste Gutachter wird auf die Baustelle geschickt, der – im Übrigen im Auftrag der GeNo – bescheinigt, dass der Generalplaner erhebliche Mängel in seinen Planungen hat und diese erheblichen Mängel zu erheblichen Mehrkosten und zur Bauzeitverzögerung führen werden.

Wie reagieren die GeNo und der Senat, meine Damen und Herren? Sie geben sich mit der Auswechslung des Planungschefs beim Generalplaner zufrieden und setzen die Planung mit diesem Generalplaner fort. Auch in der Folgezeit gibt es immer wieder Beanstandungen an dem Generalplaner. In der Folgezeit gibt es immer wieder Gutachter, die insbesondere die Leistung des Generalplaners untersuchen, aber in der Folgezeit wird nie, zu keinem Zeitpunkt, eine Konsequenz aus den festgestellten Planungsmängeln gezogen.

Wir wollen wissen, warum die GeNo mit Rückenbedeckung des Senats so lange an einem Generalplaner festgehalten hat, obwohl Gutachter und Nachunternehmer erhebliche mangelhafte Leistungen festgestellt haben, und wir wollen wissen, was diese Handlungen des Senats und der GeNo die Steuerzahlerin und den Steuerzahler in Bremen am Ende kosten. Wir halten dieses Festhalten für schwer begründbar, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn Ihr privates Bauvorhaben schon einmal 30 Prozent teurer geworden ist, dann würde ich öfter einmal hinschauen, die Kontrolldichte erhöhen und Wert darauf legen, dass neben der Klärung der Verantwortlichkeit und möglicher Schadensersatzforderungen auch die weitere Einhaltung der Terminpläne gewährleistet ist, sodass keine weitere Verzögerungen und keine weiteren Mehrkosten entstehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was machen der Aufsichtsrat und der Senat? Sie lassen sich halbjährliche Risikoberichte geben, die im Aufsichtsrat mit fünfmonatiger Verspätung beraten werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird mit mehr als halbjähriger Verspätung über Mehrkosten, öffentlich verbürgte Mehrkosten in Höhe von 35 Millionen Euro informiert. Entweder haben die verantwortlichen Senatoren keinen Respekt vor diesem Parlament als Kon-

(A) trollorgan oder sie sind mit ihrer Aufgabe überfordert!

(Beifall bei der CDU)

Ein solches Risikomanagement ist aus meiner Sicht völlig unvertretbar, und es wird sich zeigen, dass es die Bremerinnen und Bremer sehr viel Geld kosten wird.

In den letzten Wochen hat sich die Situation dann zusätzlich verschärft. Der Bauherr, die GeNo, hat sich entschlossen, einen Unternehmer der Baustelle zu verweisen und den Vertrag zu kündigen. In der öffentlichen Auseinandersetzung darüber gab es immer wieder Bezugnahmen auf Gutachten, die mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben, Gutachten im Übrigen, die alle von dem gleichen Auftraggeber beauftragt wurden.

Zunächst war da der Gutachter, der im Auftrag der GeNo die Planungsleistung überprüft hat. Er war drei Monate auf der Baustelle und hat festgestellt, dass die Planvorgaben weder fachgerecht erstellt noch ausführbar sind, er hat festgestellt, dass die Gebäudehülle undicht ist und die klimatischen Bedingungen für den Trockenbau nicht vorhanden sind, und er hat gesagt, dass ab Mitte Dezember 2013 zwar die mangelhafte Werkplanung durch mangelfreie Planvorgaben ersetzt wird, aber die notwendigen Vorleistungen für den Trockenbauer immer noch im Verzug sind. Wir reden über Schimmelkontamination an bereits errichteten Wänden, meine Damen und Herren! Wie wenig Sensibilität gehört eigentlich dazu, es auf einer öffentlichen Baustelle so weit kommen zu lassen?

(B)

Als dieses Gutachten in der Welt ist und dem Generalplaner erhebliche Mängel bestätigt, wird von der GeNo ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben. Bisher unwidersprochen ist, dass dieser Gutachter ein Studienfreund eines an der Planung und Überwachung des Bauvorhabens beteiligten Unternehmers sein soll. Dieser war nicht drei Monate auf der Baustelle, sondern nur zwei Stunden. Er hat offensichtlich andere Etagen begutachtet, die gar nicht Gegenstand der Beanstandung waren. Er hat trotzdem festgestellt, dass die Planungen nicht optimal gewesen sein sollen.

Wir, die CDU-Fraktion, wollen wissen, wie, warum, weshalb und durch wessen Beziehungen eigentlich solche Gutachter beschäftigt werden, was der Gutachterauftrag im Einzelnen war und welche Konsequenzen aus den eingeholten Gutachten gezogen worden sind. Wir, die CDU-Fraktion, haben den Eindruck, dass weder die GeNo noch der finanzierende Senat Herr dieser Baustelle ist. Niemand hat diese Baustelle noch im Griff, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass wir sofort die politische Debatte darüber haben, ob man die von uns begehrten Auskünfte nicht in anderer Weise hätte erfahren können. Ich sage, ja, bei einem vernünftigen Vertrauensverhältnis zwischen Senat und Parlament wäre das möglich gewesen. Wenn man sich diesen gesamten Zeitraum der Diskussion um den Teilersatzneubau und insbesondere die Berichterstattung der letzten Wochen und Monate anschaut, muss man feststellen, ich als Person und wir als CDU-Fraktion haben nicht das Vertrauen in den Senat, dass er bereit und willens ist, sämtliche Sachverhalte, die bei diesem Projekt eine Rolle spielen, dem Parlament vollständig und rückhaltlos zu offenbaren.

(C)

Ich habe Zweifel daran, dass der Senat selbst in der Lage ist, die aufgetretenen Mängel zu kennen, zu erfahren und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen, und ich habe erhebliche Zweifel daran, dass der Senat überhaupt ein Interesse hat, uns als Haushaltsgesetzgeber und als Kontrollorgan über sein eigenes Handeln in Kenntnis zu setzen. Noch nie war die Aufklärungsbereitschaft des Senats bei einem solch großen Bauvorhaben so schlecht wie beim Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte.

(Beifall bei der CDU)

Nun könnte man ja mit Blick auf die Finanzsenatorin sagen: Sie weiß ja nichts, dann muss sie auch nichts sagen, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Bremerinnen und Bremer; die Leser der Tageszeitungen sind, die Radio Bremen und Privatfernsehen sehen, und sogar diejenigen, die die „taz“ lesen, all diese Bremerinnen und Bremer wissen mehr über die Baustelle des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte als unsere Finanzsenatorin an Wissen einzuräumen bereit ist. Was ist das eigentlich für eine Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes, Frau Bürgermeisterin Linnert?

(D)

(Beifall bei der CDU)

Sie sind nicht nur zuständig für das Beteiligungscontrolling, zu dem die GeNo gehört, Sie sind natürlich auch zuständig für die von uns beschlossenen Bürgerschaften. Sie sind damit meiner Ansicht nach auch zuständig dafür, dass Mehrkosten vermieden, auf das notwendige Maß begrenzt und Folgekosten auch entsprechend vermieden werden. Sie sind für die Zukunft dieser vier kommunalen Kliniken als Gesamt-senat in der politischen Verantwortung, und Sie setzen diese kommunalen Kliniken mit ihren Beschlüssen und Ihrem zögerlichen Aufklärungsverhalten so unter Druck und der Gefahr aus, meine Damen und Herren, dass die Arbeitsplätze und die medizinische Versorgung der Bremerinnen und Bremer nachhaltig gefährdet werden. Ich halte das für einen schweren Fehler in der Amtsführung dieses Senats!

(Beifall bei der CDU)

(A) Wir werden, wie in den vergangenen Untersuchungsausschüssen auch, die begrenzte Zeit bis zur Diskontinuität am 10. Mai nächsten Jahres nutzen, um möglichst schnell und zügig die von uns aufgeworfenen Fragen sachkundig beantworten zu lassen. Wir setzen darauf, dass, wie in den vergangenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen auch, das Klima in dem Ausschuss selbst ausgewogen ist und vertrauensvoll zusammengearbeitet wird, weil, meine sehr verehrten Damen und Herren, das eine natürlich der Teil retrospektive Klugscheißerei ist. Klar ist, dass man heute mehr weiß als gestern. Klar ist, dass das für die Opposition genauso gilt wie für die Regierung, aber meine Damen und Herren, der Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte ist nicht das letzte große Investitionsvorhaben, das wir in Bremen und Bremerhaven bewegen werden. Wir wissen, dass wir am Klinikum Bremen-Ost einen erheblichen Investitionsstau haben, der nach vorläufigen Berechnungen einen dreistelligen Millionenbetrag erreicht. Wir wissen, dass wir mit dem Offshore-Terminal in Bremerhaven ein staatlich finanziertes Investitionsvorhaben vor uns haben, das einen dreistelligen Millionenbetrag öffentlicher Mittel erforderlich machen wird. Wir wissen, dass wir mit dem Ausbau der Cherbourger Straße in Bremen ein dreistelliges Bauvorhaben vor uns haben, das zurzeit auch mit Mehrforderungen von gerüchteweise 16 Millionen Euro zu rechnen hat.

(B) Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion versteht ihren Auftrag darin, natürlich die Fehler und Versäumnisse aufseiten der GeNo, der beauftragten Unternehmen und der politischen Führung dieses Landes zu untersuchen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen, aber sie versteht ihren Auftrag auch so, wie in den vergangenen Untersuchungsausschüssen auch, dass es am Ende einen Katalog gibt, der sicherstellt, dass sich das, was wir auf der Baustelle des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte erleben, nicht bei anderen Großinvestitionsvorhaben wiederholt, denn die Bürgerinnen und Bürger haben als Steuerzahler einen Anspruch darauf, dass wir mit den von ihnen überantworteten Mitteln nicht verantwortungslos, sondern verantwortungsvoll umgehen.

Ich sage Ihnen zu, dass die CDU-Fraktion in dem Ausschuss die notwendigen Fragen aufklären, aber eben auch die notwendigen Konsequenzen für zukünftiges öffentliches Handeln mit Ihnen einvernehmlich beraten will. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Korol.

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir BÜRGER IN WUT fordern an der Seite der CDU die Einsetzung

eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte, das ist aus unserer Sicht auch dringend erforderlich. Dort zeichnet sich ein Fiasko in Höhe von Millionen von Euro ab, das im Extremfall sogar die Einhaltung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Sparziele in Bremen gefährden kann, Herr Kollege Röwekamp hat das eben ausführlich dargelegt.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Hat er nicht!)

Unterhält man sich mit Bremerinnen und Bremern über das Thema Klinikum Bremen-Mitte, winken die meisten von ihnen ab. Einer fragt mich: Wovon reden Sie? Vom Keimskandal im Jahr 2012? Von der Verwaltungsgesellschaft Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen, kurz GeNo genannt? Von der drohenden Pleite der vier kommunalen Krankenhäuser Bremens? Vom Neubau im Klinikum Bremen-Mitte? Ich blicke da nicht mehr durch! Ich bin gespannt darauf, das zu hören, aber wer blickt denn im Moment durch dieses Bremer Krankenhauswesen noch durch? Wer hat denn da was zu sagen?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie ganz bestimmt nicht!)

Der einzurichtende parlamentarische Untersuchungsausschuss, kurz als PUA bezeichnet, müsste sich auf das Desaster im Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte, häufig kurz als TEN bezeichnet, konzentrieren. Dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss zum TEN müsste etwa folgenden Fragen nachgehen: Wie konnte es zu diesem von Herrn Röwekamp beschriebenen Desaster am TEN betreffend Kostensteigerungen, Bauzeitverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln kommen? Wer trägt jeweils dafür die Verantwortung? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Fortführung des TEN und für die Planung und Erstellung künftiger Projekte dieser Größenordnung in Bremen? Antworten auf diese Fragen zu finden wird nicht einfach sein.

Beschäftigt man sich mit den immer zahlreicher werdenden Medienberichten zum Bremer Klinikneubau, dann fühlt man sich teilweise an das Panneprojekt Hauptstadtflughafen BER in Berlin und die ebenso schier unendliche Geschichte der Hamburger Elbphilharmonie erinnert. Mit dem TEN Klinikum Bremen-Mitte drohen nach dem Hafentunnel in Bremerhaven die Kosten nun schon bei einem zweiten Großprojekt im kleinen Land Bremen völlig aus dem Ruder zu laufen. Die Bremerinnen und Bremer erwarten mit Recht, dass der Sachverhalt lückenlos aufgeklärt und darauf aufbauend Lösungen gefunden werden, um den Schaden für das Land Bremen und für die Steuerzahler in Grenzen zu halten.

Zu den Fakten! Der im Jahr 2011 begonnene TEN sollte ursprünglich schon in diesem Jahr in Betrieb

(C)

(D)

(A) genommen werden. Nach dem aktuellen Stand der Dinge ist mit einer Fertigstellung jedoch erst im Jahr 2017 zu rechnen, wobei auch dieser Termin von Experten schon wieder infrage gestellt wird. Die Kosten wurden in der Planungsphase auf 230 Millionen Euro veranschlagt, jetzt werden sie auf 265 Millionen Euro geschätzt, das ist ein Plus von 15 Prozent. Seit April rechnet man mit einem weiteren Kostenaufschlag von 16 Millionen Euro, doch dabei dürfte es nicht bleiben, denn wegen der Terminverschleppungen werden die an dem Projekt beteiligten Bauunternehmen möglicherweise Regressansprüche in Millionenhöhe Euro geltend machen. Am Ende kann Bremen froh sein, wenn der Bau nicht teurer als 300 Millionen Euro wird, es werden eher mehr werden. Dafür sprechen die Erfahrungen mit dem erwähnten Hauptstadtflygafen, mit der Elbphilharmonie, und dafür spricht das vor einigen Monaten vorgelegte Gutachten eines unabhängigen Bausachverständigen zum TEN, von dem der Kollege Röwekamp sprach.

Dort ist von Schäden in kaum vorstellbaren Dimensionen und von gravierenden Überschreitungen der Baukosten und der Bauzeiten die Rede. Das Papier empfiehlt sogar den teilweisen Abriss des Neubaus, weil infolge ständigen Wassereintritts Schimmelbefall in Dämmstoffen und auf Gipskartonplatten zu befürchten sei. An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass es sich beim TEN um einen Krankenhausanbau handelt, in dem Patienten untergebracht werden sollen. Sollte es tatsächlich zu diesem Worst Case kommen, dann wären auch Kosten von 400 Millionen Euro schnell erreicht, eine ungeheure Summe für das hoch verschuldete Land Bremen.

(B)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht auch 500 Millionen Euro?)

400 Millionen Euro entsprächen in etwa dem Betrag, den Bremen jährlich insgesamt für Investitionen aufwendet.

Zum Vergleich noch drei weitere Zahlen: 500 Millionen Euro, 660 Millionen Euro, 500 000 Euro. Erstens, die Gesellschaft Gesundheit Nord, GeNo, leitet die vier kommunalen Kliniken Bremens, so auch das Klinikum Bremen-Mitte. Sie hatte im Jahr 2012 einen Umsatz von 500 Millionen Euro. Zweitens, im Januar 2014 stellte der Landesrechnungshof fest, dass die vier kommunalen Kliniken in Bremen, wenn sie weiter so wirtschaften wie bisher, bis zum Jahr 2033 ein Gesamtdefizit von rund 660 Millionen Euro hätten, die Pleite drohe, und diese trage dann der Steuerzahler. Drittens, vor 14 Tagen stritten wir in diesem Hohen Haus wie die Kesselflicker darum, ob die Zuschüsse für Schulen in privater Trägerschaft um 500 000 Euro gekürzt werden sollten oder nicht, sie wurden gekürzt; eine Summe, die aus heutiger Sicht geradezu läppisch wirkt.

Angesichts dieser Risiken stellt sich die Frage, wie unsere Finanzsenatorin Frau Linnert noch die Vor-

gaben der ab dem Jahr 2020 geltenden Schuldenbremse einhalten will und kann. Überhaupt wird die Rolle des Finanzressorts in Sachen TEN im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu beleuchten sein, ebenso die des Senators für Gesundheit, der ja zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der GeNo ist. Es ist höchste Zeit, die Dinge über dieses chaotisch verlaufende Bauprojekt aufzuklären. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig – nicht nur denen in Bremen, sondern denen in ganz Deutschland –, schließlich finanziert sich das Land in einem nicht unerheblichen Umfang aus Zuwendungen aus dem Länderfinanzausgleich sowie des Bundes.

Ziel des parlamentarischen Untersuchungsausschusses muss es sein, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und so die Grundlage zu schaffen, um das Projekt wieder auf den richtigen Kurs und schließlich zu einem guten Abschluss zu bringen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss sollte sich noch vor der Sommerpause konstituieren und Beweisbeschlüsse fassen, damit er seine Arbeit nach den Parlamentsferien zügig aufnehmen und möglichst rasch zu Ergebnissen kommen kann, um weiteren Schaden sowohl vom Klinikum Bremen-Mitte als auch von Bremen abzuwenden. Ich möchte deshalb die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft bitten, unserem gemeinsamen Antrag mit der CDU zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der BIW und bei der CDU)

(C)

(D)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, wehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Hauptaufgabe eines Parlaments ist neben der Gesetzgebung und der Beschlussfassung über den Haushalt regelmäßig die Kontrolle der Regierung. Zur Regierungskontrolle steht diesem, aber auch allen anderen Parlamenten eine Vielzahl von Instrumentarien zur Verfügung, angefangen mit Fragen in der Fragestunde, den Großen und Kleinen Anfragen, Aktuellen Stunden, öffentlichen Anhörungen in Ausschüssen und Deputationen und ein umfangreiches Akteneinsichtsrecht jedes einzelnen Abgeordneten und der Fraktionen. Sinnvollerweise sind diese Kontrollinstrumente auch nicht an Mehrheiten gebunden, sie stehen zum Teil Einzelabgeordneten, Fraktionen und mindestens immer dem Viertel dieses Parlaments zu. Das macht auch Sinn, weil die Kontrolle einer Regierung natürlich auch im Wesentlichen durch eine starke Opposition erfolgt.

Das schärfste Schwert der Regierungskontrolle allerdings ist der parlamentarische Untersuchungsausschuss. Dieser unterscheidet sich von den anderen eben aufgeführten Kontrollinstrumenten dadurch, dass er einen eigenen Personalkörper und eigene Rechte hat. Er kann Zeugen vernehmen und vorführen lassen, und er kann Durchsuchungen veranlassen.

(A) Ihm stehen deshalb viele Kompetenzen zu, die normalerweise der dritten Gewalt in unserem Staat zustehen.

Seitdem ich in diesem Parlament bin, hat es drei Untersuchungsausschüsse gegeben, und die haben wir alle einvernehmlich eingesetzt, Opposition und Regierungsfraktionen. Das war auch geboten, wenn man sich das retrospektiv noch einmal ansieht, weil es den Verdacht gab, dass entweder die Exekutive als Ganzes oder Teile der Exekutive daran mitgewirkt haben oder es nicht verhindert haben, dass Menschen gestorben sind oder sich hier ein kriminelles Netzwerk bedient hat.

Herr Kollege Röwekamp, Sie haben in diesen Untersuchungsausschuss vieles hineininterpretiert. Ich möchte noch einmal zitieren, was der Untersuchungsauftrag dieses Untersuchungsausschusses nach Ihrem Antrag sein soll: „Der parlamentarische Untersuchungsausschuss soll klären, worin die Ursachen der Kostenentwicklung, Bauverzögerungen, Baumängel und Planungsfehler liegen, wer hierfür verantwortlich ist, ob und welcher Fehler bei der Projektsteuerung begangen wurde und wer für diese verantwortlich ist und welche Maßnahmen oder Vorkehrungen künftig zu treffen sind, um bei großen Bauprojekten eine effektive Projektsteuerung sicherzustellen und unverhältnismäßige Kostensteigerungen zulasten Bremens oder einer seiner Beteiligungsgesellschaften zu verhindern.“

(B) Jetzt ist es ja nicht so, dass dieser Untersuchungsausschuss im luftleeren Raum steht. Wir meinen – ich glaube, das meinen auch einige andre in dieser Stadt –, dass der Senat mit der Beantwortung der von Ihnen gestellten 24 Fragen schon viel Aufklärung geleistet hat, er hat nämlich benannt, wer für die Verzögerungen verantwortlich ist, wer für die Mängel verantwortlich ist und wer für die Planungsfehler verantwortlich ist. Ich habe von Ihnen in Ihrer Rede keinen Hinweis darauf gehört, dass diese Angaben unrichtig sind. Wenn das nicht so ist, dann frage ich mich, warum man diesen Bericht nicht in den dafür vorgesehenen Gremien, für die er geschrieben worden ist, hat ausreichend diskutieren können.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wenn Sie Hinweise darauf haben, dass er in seiner Ist-Zustandsbeschreibung unvollständig ist, dann hätte es, glaube ich, im Interesse des Senats, aber auch im Interesse jedes Parlamentariers gelegen, diesen Bericht zu ergänzen. Ich bin der festen Überzeugung, die Ultima-Ratio-Schwelle eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist zu diesem Zeitpunkt in keinem Fall gegeben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Trotzdem, Herr Kollege Röwekamp, gestehe ich Ihnen zu, dass ein solcher Untersuchungsausschuss bunte Einzelgeschichten ans Licht der Öffentlichkeit bringen wird. Wir werden uns darüber wahrscheinlich unterhalten müssen, ob Fenster zugemauert worden sind, die einmal gedacht waren, ob der Hubschrauberlandeplatz nicht gebaut werden kann, weil dort erst ein Schornstein war, oder ob der Schornstein da wieder weg muss, all das wird eine bunte Geschichte sein.

Ich möchte aber noch einmal in Erinnerung rufen, wie es so mit dem Bauen ist, Sie haben ja auch eben das Beispiel genannt. Wer schon einmal privat gebaut hat, weiß, dass es selbst bei simplen Eigenheimen, Umbauten und Reihenhäusern zu unglaublichen Fehlplanungen und -ausführungen kommen kann. Nicht vorhandene Fenster, Räume ohne Türen, Badewannen vor Fenstern, alles ist bei diesen einfachen Bauvorhaben möglich und mir in meiner Praxis als Anwalt häufig begegnet. Keiner will dafür verantwortlich sein. Der Architekt schiebt es auf den Bauunternehmer, der Bauunternehmer auf den Handwerker, der Handwerker auf den Subunternehmer, der Subunternehmer sagt, der Architekt hat Schuld. Dafür hat unsere Rechtsordnung Mechanismen.

Zur Klärung der gesetzlichen Ansprüche hält das deutsche Recht einen wahren Werkzeugkasten bereit. Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, HOAI, die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, VOB, das BGB, entsprechende DIN-Normen, ISO-Normen, darin ist all das geregelt. Am Ende jedes Streits um ein Bauwerk steht oder kann eine gerichtliche Auseinandersetzung stehen, in der die einzelnen Ansprüche miteinander abgeglichen werden und Schadensersatzansprüche befriedigt werden. All das ist im deutschen Rechtssystem vorgesehen.

Allerdings – das kann man nicht von der Hand weisen – ist es so, dass ein Auftraggeber sehr genervt ist, wenn seine Badewanne vor dem Fenster steht. Er verliert in manchen Fallkonstellationen, weil die Bauunternehmen zahlungsunfähig werden, auch Geld, aber in den seltensten Fällen kommt in solchen privaten Konstellationen irgendjemand auf den Gedanken, dass der Auftraggeber selbst etwas falsch gemacht haben könnte, weil er einen Bau in Auftrag gegeben hat. Das scheint bei öffentlichen Baumaßnahmen völlig anders zu sein, Herr Kollege Röwekamp.

Völlig unstrittig ist, dass Baumaßnahmen dieser Größenordnung selten reibungslos verlaufen. In der Regel warten sie mit mehr oder minder bunten Geschichten auf, wie ich soeben schon geschildert habe. Ich bin mir sicher, dass neben dem Hubschrauberlandeplatz und den zugemauerten Fenstern auch noch ganz viele andere Sachen das Licht der Welt erblicken können. Ich und viele, glaube ich, in diesem Haus und dieser Stadt haben aber ein hohes Vertrauen in

(C)

(D)

(A) den Rechtsstaat, dass die GeNo als Bauherr des Teilersatzneubaus mit dem zur Verfügung stehenden rechtlichen Werkzeugkasten einen angemessenen Verantwortungs- und Schadensausgleich herstellen kann und wird.

Ich glaube, dass dieser Untersuchungsausschuss für die Situation des Teilersatzneubaus und der GeNo wenig Positives bringen wird und auch wenig für diesen Verantwortungsausgleich. Ich glaube allerdings, dass der Untersuchungsausschuss je nachdem, wie er läuft, geeignet sein kann, durchaus Schaden für die GeNo hervorzurufen.

Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass die GeNo im ersten Quartal dieses Jahres zum ersten Mal seit acht Quartalen ein positives Ergebnis erreicht hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die schwierige Situation der GeNo hängt natürlich auch davon ab, wie viele Menschen diesen Kliniken vertrauen und sagen: Ja, ich will mich in dieser Klinik behandeln lassen. Das wird mit Sicherheit nicht positiv dadurch beeinflusst, dass ich dauernd negative Medienberichte produziere.

Herr Kollege Röwekamp, ich gestehe Ihnen zu, dass Sie zu einer anderen Abwägungsentscheidung zwischen möglich aufklärbaren Sachverhalten und dem Schaden der GeNo kommen können. Vielleicht hoffen Sie auch, dass dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss, PUA, zivilrechtlich tatsächlich etwas für die GeNo bringt und eine Verantwortungszuschreibung zwischen den diversen Dienstleistern und der GeNo erleichtert. Vielleicht irre ich mich auch, und das Ganze hat keine Auswirkung darauf, wie sich die GeNo in Zukunft entwickelt, aber vielleicht geht es auch gar nicht – das haben Sie hier auch schon angedeutet – um das konkrete Geschehen des Teilersatzneubaus.

Sie haben es retrospektive Klugscheißerei genannt. Sie haben nicht gesagt, dass es wirklich um die Aufarbeitung geht, sondern es geht, glaube ich, um die politische Kernfrage, die Sie hier auch noch einmal deutlich gemacht haben. Nach Ihrer Einschätzung soll es darum gehen, warum man eigentlich nicht in Form eines PPP-Modells oder hilfsweise mit einem Generalunternehmer gearbeitet hat. Das ist eine politische Auseinandersetzung, die wir in dieser Stadt geführt haben und immer wieder führen.

Ich möchte nur noch einmal zwei Beispiele anführen, warum sowohl der Generalunternehmer als auch das PPP-Modell nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Sie, Herr Dr. Korol, haben das Beispiel Elbphilharmonie erwähnt. Die Elbphilharmonie ist ein klassischer Fall der Beauftragung eines Generalunternehmers. Dass man da die Risiken irgendwie im Griff hatte, kann man nach der Kostensteigerung um ungefähr 800 Prozent in keiner Weise sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

Zum Thema PPP! Herr Kollege Röwekamp, Sie haben die beiden Krankenhäuser im Taunus erwähnt, ja, großartig, das hat funktioniert. Ich möchte auf den Bericht des Bundesrechnungshofs für den Finanzausschuss des Deutschen Bundestags verweisen. Der Bundesrechnungshof hat sechs PPP-Projekte im Autobahnbau analysiert, zugegebenermaßen betrifft das den Tiefbau, nicht den Hochbau, aber es ist das gleiche Finanzierungsmodell.

Der Bundesrechnungshof kommt zu ernüchternden Ergebnissen in Bezug auf die finanzielle Seite und auch auf die Qualität. Fünf der sechs untersuchten Projekte sind nicht wie angekündigt im Vergleich zu rein öffentlich getragenen Vorhaben um 40 Prozent günstiger geworden, sondern insgesamt sind fast 2 Milliarden Euro mehr ausgegeben worden. Der Rechnungshof kommt in seiner Stellungnahme zu dem vernichtenden Urteil, die Projekte seien schlichtweg unwirtschaftlich gewesen. Kann man sagen, PPP wäre der Königsweg gewesen? Ich glaube, der Bundesrechnungshof ist eine Instanz, die man sehr ernst nehmen muss und die die allgemeinen Vorbehalte, die man gegen PPP haben kann, hier deutlich stützt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

Herr Kollege Röwekamp, der Bundesrechnungshof sagt, der einzige Vorteil bei PPP-Modellen sei, dass die Unternehmen bei der Geschwindigkeit des Bauens Wort gehalten hätten, er schränkt dies aber sofort ein und sagt, das könne eine öffentliche Verwaltung auch, wenn sie eine angemessene Personal- und Finanzausstattung hätte. Wenn man einen Strich darunter zieht, sagt zumindest der Bundesrechnungshof, sei PPP kein Vorteil, sondern klar ein Nachteil.

Ich schließe nicht aus, dass der von Ihnen und BÜRGER IN WUT verantwortete parlamentarische Untersuchungsausschuss Hinweise für zukünftige Bauvorhaben geben kann – das kann man nie ausschließen, wenn man am Anfang einer Untersuchung ist, im Gegensatz zu uns wissen Sie ja schon vieles von dem, was dabei herauskommt, ich weiß das noch nicht –, da könnte es Hinweise geben. Ich glaube aber, wir werden durch diese Hinweise in keiner Weise davon entbunden werden, uns bei jedem Projekt Gedanken zu machen, ob wir es in eigener Verantwortung, über einen Generalunternehmer oder als PPP durchführen. Ich glaube, die gesamtdeutsche Realität sieht so aus, dass PPP-Modelle die unwirtschaftlichsten für die öffentliche Hand sind.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt, Herr Kollege Röwekamp, lassen Sie mich mit drei persönlichen Bemerkungen schließen! Schwie-

(A) rig fand ich an Ihrer Rede, dass Sie den Gesundheits-senator und die Bürgermeisterin dergestalt angegrif-fen haben, indem Sie sagten, beide wären der Ver-antwortung für die GeNo nicht gewachsen. Ich glaube, das ist Unsinn. Dem Gesundheitssenator haben wir zu verdanken, dass wir ab Anfang August die not-wendige Strukturänderung in Form der Einheitsge-sellschaft haben, das ist ein ganz wichtiger Baustein für die Sanierung der GeNo.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Lassen Sie mich auch – deshalb habe ich gesagt, das ist eine persönliche Bemerkung - etwas sagen, was die Bürgermeisterin angeht: Ich kenne nicht viele Menschen, denen die Zukunft der kommunalen Kli-niken ein derartiges Herzensanliegen ist,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

bei Frau Linnert ist das ohne Zweifel so. Ihr ein Des-interesse an der erfolgreichen Sanierung des Klinik-verbundes zu unterstellen, entbehrt jeder Grundla-ge, und eigentlich wissen Sie das auch.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B)

Dass die Bürgermeisterin so emotional involviert ist, hat es für mich in der Vergangenheit in der Diskus-sion um die Einheitsgesellschaft nicht immer einfach gemacht, aber es war nie Ausdruck von Ignoranz und von einer unsachlichen Diskussion, sondern immer geprägt davon, dass man um die beste Lösung ge-rungen hat. Das würde ich Frau Linnert immer un-terstellen, wenn es um kommunale Kliniken geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Lassen Sie mich abschließend sagen, die parlamen-tarischen Untersuchungsausschüsse, die wir bisher eingerichtet haben, standen immer in der Tradition, dass wir uns hier gemeinsam den Sachverhalten ge-widmet und gemeinsam versucht haben aufzuklären! Mein Appell an die CDU ist: Brechen Sie diese Tra-dition nicht, auch wenn die Diskontinuität und da-mit der Wahltag naht! Ich glaube, das ist kein The-ma, das sich für den Wahlkampf eignet, und ich hof-fe, dass auch von Ihrer Fraktion – Sie haben das eben ja schon angekündigt – weiterhin Sacharbeit in die-sem Untersuchungsausschuss geleistet wird. Die Mitglieder der SPD-Fraktion jedenfalls werden dem Aufklärungsinteresse des Parlaments folgend wie auch bei den Untersuchungsausschüssen engagiert und effektiv mitwirken, und ich glaube, das ist der

Auftrag dieses Parlaments. – Ich danke für Ihre Auf-merksamkeit!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man eine Einbringungsrede für den Antrag zu einem parlamen-tarischen Untersuchungsausschuss hält wie eben der Kollege Röwekamp und unter anderem den Satz sagt – ich habe mir das wörtlich notiert –, der Senat hat alle Fehler gemacht, die man machen kann, dann be-ginnt man am Anfang mit dem Ende, und das ist kein so gutes Zeichen für die Einsetzung dieses Untersu-chungsausschusses, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass Sie all das schon wissen, was Sie in Ihrer Rede vorgegeben haben zu wissen. Wenn Sie es wüssten, bräuchten Sie auch keinen Untersu-chungsausschuss einzusetzen, sondern könnten Sie ein Memorandum, ein Buch oder Ähnliches schrei-ben und es dem Senat schicken, und dann könnten Sie verlangen, dass er daraus lernt. Ein Untersu-chungsausschuss soll dem Worte nach etwas unter-suchen, um am Ende dann zu einem Ergebnis zu kom-men.

(D)

Bei solchen Sätzen von Ihnen – auch diesen haben ich mir notiert –, ist schon überdeutlich geworden, worauf es hinauslaufen soll, dass nämlich angeblich heute schon alle Patienten im KBM versorgt werden würden und alles kosten- und fristgerecht fertige-stellt worden wäre, wenn Frau Linnert das PPP-Mo-dell nicht abgebrochen hätte. Der grammatikalische Fachbegriff für einen solchen Satz ist Konjunktiv II, Irrealis, auf Deutsch heißt das „Hätte hätte liegt im Bette“, und Sie wissen es schon vorher einmal wieder besser, sehr verehrter Herr Röwekamp.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Mir ging es auch so wie dem Kollegen Tschöpe, dass dieser Versuch zu sagen, da war ein Senat ins-gesamt, vor allem aber eine Finanzsenatorin –. Viel-leicht haben Sie irgendwie in Erfahrung gebracht, dass sie in den vergangenen Jahren Spitzenkandidatin der Grünen war, und ich hoffe sehr, auch bei der nächs-ten Wahl wieder werden wird, jedenfalls möge es sein, dass Sie das politisch durchschaut haben. Ihre Über-legung war deutlich zu merken: Wie kann ich es schaf-fen, einer Finanzsenatorin, Bürgermeisterin, die in den

(A) letzten Jahren mit unglaublichem Engagement an der Zukunft der Gesundheit Nord gearbeitet, sehr vieles bewegt und in die Wege geleitet hat, hier heute zu unterstellen, dass sie durch bloße Untätigkeit, durch Desinteresse die von Ihnen geschilderten Probleme verursacht hätte? Das einzige Problem bei dieser Aussage und bei diesem Teil der Rede ist, kein Mensch kann Ihnen da folgen, und es wird auch kein Mensch glauben. Dies wird auch nicht hängen bleiben, obwohl immer alle sagen, in der Politik muss man nur irgendetwas auf irgendjemanden werfen, irgendetwas wird schon hängen bleiben. Ich bin mir ganz sicher, das ist so absurd, das bleibt auch in diesem Fall nicht hängen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn Sie also schon alles wissen und wenn man auch den Text Ihres Einsetzungsbeschlusses liest, dann fragt man sich: Was haben Sie denn konkret vor? Mir geht es so wie dem Kollegen Tschöpe, ich finde einige Aspekte dieser Fragen durchaus interessant, weil die öffentliche Hand insgesamt – Bund, Länder und Kommunen – heutzutage wohl offensichtlich ein Problem hat, öffentliche Bauten und Großvorhaben frist- und kostengerecht herzustellen, und der Aussage wird, glaube ich, der Senat auch zustimmen. Das Kuriose an der Sache ist, dass in Ihrer einseitigen Darstellung, mit PPP wäre alles besser, ohne hat alles nicht funktioniert, Generalunternehmer, Generalplaner – –. Die Kette der Probleme, die die Kommunen, Länder und der Bund in Deutschland haben, nämlich Bauten vernünftig zeit- und fristgerecht fertigzustellen, ist lang, und sie umfasst leider alle Arten der Trägerschaft und alle Arten von Konstruktionen, wie ein Bau angegangen wird.

(B)

Wenn wir mit diesem Untersuchungsausschuss zumindest das Ziel verfolgen, noch einmal zu untersuchen, wie es in Bremen gelaufen ist und welche konkreten, tatsächlich nachweisbaren und nicht nur behaupteten Umstände dann zu Mängeln geführt haben, die ja ganz offensichtlich an diesem Bau vorhanden sind – das hat, glaube ich, niemand hier zu bestreiten –, dann könnte dieser Untersuchungsausschuss auch in diesem Teil durchaus einige wertvolle Erkenntnisse liefern.

Das Ergebnis dieser Haltung und der Diskussion in der grünen Fraktion ist, um das hier an dieser Stelle auch gleich zu sagen: Einerseits besteht eine große Skepsis und außerdem der Wunsch, die Unterstellungen zurückzuweisen, die Sie gleich reihenweise heute hier gebracht haben, andererseits haben wir aber auch ein Interesse daran zu lernen, wie öffentliche Bauvorhaben mit möglichst wenigen Kosten und geringem Zeitverzug durchgeführt werden. Wir werden uns heute bei diesem Antrag, den Sie hier eingebracht haben, enthalten.

Wir glauben im Übrigen, dass Sie auch ganz offensichtlich – es ist immer dankens- und lobenswert, dass man nicht lang nachdenken muss, was Sie hier vorhaben – so ein bisschen versuchen, eine Strategie der sogenannten selbsterfüllenden Prophezeiung anzuwenden. Sie behaupten am Anfang, es gäbe Missstände, und setzen die GeNo und das Klinikum Bremen-Mitte dann durch den Untersuchungsausschuss unter so unglaublich großen Druck mit all den Stichworten, die da im Moment angesprochen werden: Einheitsgesellschaft, Sanierungskonzept, medizinische Strategie, raus aus den schwarzen Zahlen.

(C)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Raus aus den schwarzen Zahlen! Raus sind sie da schon lang!)

Na sicher, das sind die aktuellen Daten, Herr Kollege Tschöpe hat das auch angesprochen!

Sie versuchen durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, PUA, eine Situation herbeizuführen, damit es der GeNo möglichst noch schlechter geht und sie mit vielen anderen Dingen beschäftigt ist, um am Ende sagen zu können, wir haben doch gleich gesagt, dass das ein Konzern ist, der die Sache nicht im Griff hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU)

(D)

Auch das ist einigermaßen deutlich zu durchschauen.

Sie haben zwischenzeitlich auch, und das war sehr subtil, Korruptionsvorwürfe gestreut, wie auch immer, jedenfalls haben Sie sich so verhalten, als würde es angeblich Korruptionsprobleme geben. Es ist sehr interessant, dass davon, wenn man den heutigen Text liest, keine Rede mehr ist. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall, dieses Bauvorhaben ist bundesweit modellgebend und beispielhaft, weil es von Anfang an von einem Experten von Transparency International begleitet wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird dadurch wirklich in einer einmaligen Art und Weise Korruptionsprävention betrieben, dass Transparency International von Anfang an Einblick in die Bücher hat und den Bau begleitet. Gestatten Sie mir als Mitglied der Bremer Sektion von Transparency International mit einem gewissen Stolz zu sagen, dass die Zusammenarbeit des Staats mit einer Nichtregierungsorganisation, die auf Korruptionsprävention achtet, eine Art von PPP ist, die beispielhaft ist. Ich glaube, es ist bezeichnend; dass Sie von Korruption hier heute weder in dem Antrag noch in Ihrer Rede irgendetwas gesagt haben, aber auch da galt offensichtlich das Prinzip, wir behaupten es einfach einmal, irgend-

(A) etwas wird schon hängen bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bezüglich des Einsetzungsbeschlusses ist sehr auffällig – das war auch in Ihrer Rede so –, dass Sie versuchen, die Verantwortlichkeiten einfach in einen großen Topf zu werfen. Sie legen dabei sehr großen Wert darauf, dass immer dann, wenn es Fehler und Mängel gegeben hat, die staatlichen Stellen und die Politik zuständig sein sollen, wenn etwas gut läuft, sind es bei Ihnen die Unternehmen. Dass das in der Welt des Bauwesens nicht auch einmal umgekehrt sein kann und Sie das so einseitig darstellen wollen, ist vielleicht einfach Ihrem kurz vor der Wahl zugestanden politischen Interesse geschuldet, vielleicht auch Ihrer Nähe zur Bauindustrie. Warum auch immer, bei Ihnen sind die Politik und der Staat immer die Schlechten und die Unternehmen der privaten Bauwirtschaft immer die Guten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU)

Auch diesen Aspekt können Sie aus dieser Debatte und diesem Antrag für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss leider nicht verwischen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in unserer Fraktion lange über Ihren Einsetzungsantrag und über unser Verhalten und Vorgehen dazu diskutiert. Ich möchte einmal sagen, dass wir Grünen mehr Zeit – vielleicht hilft das in der Debatte – in der Opposition verbracht haben als in der Regierung, und deswegen halte ich auch nichts von den Ansätzen, die dann so ein bisschen aus der breiten Regierungsbrust kommen und besagen, naja, ein PUA ist immer erstens überflüssig, zweitens teuer, und drittens kommt nichts dabei heraus. Es ist einfach ein Recht der Opposition, und die Opposition entscheidet, wann sie von diesem Recht Gebrauch machen will, und es ist meines Erachtens die Pflicht der Mehrheit, bei aller Kritik in der Sache, die ja auch notwendig ist, dieses Recht auch zu respektieren. Ich glaube, dass wir Grünen diese Situation sehr gut kennen und deswegen sorgfältig abgewogen haben, wie wir uns hier heute verhalten.

(Zuruf von der CDU: Und?)

Ich habe Ihnen gesagt, wir werden uns enthalten, weil wir in der Sache nicht damit übereinstimmen. Das können Sie sowohl in der Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden als auch – das sei jetzt einmal nur ganz am Rande erwähnt, weil es nicht im Mittelpunkt steht –

in der Wahl ihres Partners, um diesen Antrag hier heute einzubringen, begründet sehen. Auch das sei einmal an dieser Stelle erwähnt, Sie machen hier so ganz nonchalant mit Rechtspopulisten gemeinsame Sache, aber mehr als einen Nebensatz will ich dem eigentlich nicht widmen.

(C)

(Anhaltender Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Wenn das die stärksten Argumente sind, dann haben Sie nichts auf der Pfanne!)

Die Krankenhäuser im Land Bremen, und zwar die kommunalen wie die freigemeinnützigen, sind Teil einer Daseinsvorsorge, die für die Patienten nicht nur in Bremen und Bremerhaven, sondern auch im niedersächsischen Umland und weit darüber hinaus extrem wichtige Einrichtungen der medizinischen Versorgung sind. Sie haben also, wenn Sie jetzt hier anfangen zu agieren – und das geht an Ihre Mitglieder im Untersuchungsausschuss, das ist ein wirklich eindringlicher Appell –, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit abzuwägen, was Sie sozusagen als legitim für politische Manöver in der Vorwahlkampfzeit erachten und welchen Schaden Sie an einer zentralen Einrichtung der Daseins- und Patientenvorsorge in Bremen und Bremerhaven, im niedersächsischen Umland und eigentlich auch weit darüber hinaus anrichten wollen, denn die Krankenhäuser in Bremen haben auch eine Strahlkraft, die über das unmittelbare Umland hinausgeht.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich bitte Sie sehr, das ist ein sehr ernst gemeinter Appell, denn alle Krankenhäuser in Deutschland und nicht nur dieses stehen wegen sehr vieler Dinge unglaublich unter Druck, aufgrund einer extremen Kommerzialisierung, wegen der extrem heiklen Kostensituation, zum Beispiel auch wegen der Frage, medizinisch qualifiziertes Personal in heutigen Zeiten zu gewinnen, und es hat gerade in diesen Tagen noch einmal wieder ein Gutachten gegeben, das besagt, 20 bis 40 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland insgesamt sind von der Schließung bedroht: Gestalten Sie diesen Untersuchungsausschuss so, dass Ihr berechtigtes Aufklärungsinteresse, das Sie dort verfolgen, nicht zur Folge hat, durch ein politisches Gremium, das Sie heute hier initiiert haben, und durch politisches Handeln dieses Krankenhaus und die anderen Krankenhäuser der Gesundheit Nord in noch schwierigeres Fahrwasser kommen zu lassen als sie ohnehin schon sind!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denken Sie an die Patientinnen und Patienten, die immer dann, wenn es ihnen schlecht geht, darauf an-

(A) gewiesen sind, dass wir funktionierende, gut arbeitende Krankenhäuser haben! Denken Sie auch an die Beschäftigten – viele Tausende Menschen sind es in Bremen –, die auf ihren Arbeitsplatz angewiesen sind, und wägen Sie sehr gut ab, welchen Schaden Sie bereit sind, an diesen Krankenhäusern tatsächlich anzurichten, und welches Opfer Sie bereit sind, diesen Krankenhäusern und damit allen Menschen in Bremen und Umgebung abzuverlangen, um Ihr Interesse in diesem Untersuchungsausschuss durchzusetzen!

Ich hoffe sehr, dass es Ihnen gelingt, in unser aller Interesse, dem der Patienten wie der Allgemeinheit, hier eine sehr kluge und vorsichtige Abwägung zu treffen, dann kann uns dieser Untersuchungsausschuss, wie einige seiner Vorgänger auch, Erkenntnisse liefern, die uns insgesamt in Bremen auch weiterbringen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir halten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Neubau am Klinikum Bremen-Mitte für nicht gerechtfertigt.

(B) Ich möchte noch einmal kurz an die bisherigen Untersuchungsausschüsse erinnern. Wir haben vor zweieinhalb Jahren an dieser Stelle mit den Stimmen aller Fraktionen den Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“ eingesetzt. Ich möchte an die Situation erinnern, die wir damals hatten: In der Frühgeborenenabteilung waren drei Neugeborene verstorben, die Umstände waren ungeklärt, die Staatsanwaltschaft hat ermittelt. Es gab durchaus den Eindruck, wir würden nur sehr scheinbarweise mit Informationen versehen. Es war daher für alle Fraktionen klar, dass ein dringender Bedarf bestand, diese Umstände auszuräumen und den Ursachen nachzugehen.

Als im Jahr 2006 der Untersuchungsausschuss „Kindeswohl“ eingesetzt wurde, war es ähnlich: Es gab einen Todesfall, die Staatsanwaltschaft hat wiederum ermittelt. Es gab den Untersuchungsausschuss „Klinikverbund“, es gab einen zu Bau und Immobilien mit durchaus auch strafrechtlichen Ermittlungen. Ähnlich, wenn wir noch weiter zurückschauen, war es auch in Bezug auf den Untersuchungsausschuss zur Bremer Vulkan AG: Es gab nicht nur eine Großpleite, es waren auch EU-Gelder veruntreut worden.

Ich will damit nicht sagen, dass in jedem Fall jemand gestorben sein muss oder strafrechtliche Ermittlungen vorliegen müssen, damit man einen Untersuchungsausschuss einsetzt, es ist aber davon auszugehen, dass wir das üblicherweise tun, wenn wir

ein bestimmtes Ausmaß an Missständen vorliegen haben, denen wir dringend nachgehen müssen und die einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, PUA, rechtfertigen.

(C)

Man muss die begründete Vermutung haben, dass es tatsächlich eine schuldhafte Verstrickung der politischen Institutionen gibt, eine schuldhafte Verstrickung, die über das normale Maß hinausgeht. Es gibt eine Vielzahl von Missständen, für die wir keinen Untersuchungsausschuss einsetzen. Wenn wir davon ausgehen und sagen, vielleicht sind die PISA-Ergebnisse für Bremen desaströs, das müsste man dringend untersuchen, wir haben einen Ausbildungsnotstand, warum haben wir hier eine relativ große Arbeitslosigkeit, oder auch von der Tatsache ausgehen, dass wir mit der Krankenhausfinanzierung ziemlich mit dem Rücken an der Wand stehen und nicht wissen, wie wir dieses Gesundheitssystem einigermaßen verantwortlich umsetzen können, alles das sind Dinge, die wir durchaus aufklären müssen und mit denen wir uns beschäftigen sollten, aber sie rechtfertigen keinen Untersuchungsausschuss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Begründung dafür, die ich für notwendig erachte und die wir auch in unserer Fraktion für notwendig erachten, ist die CDU bislang schuldig geblieben.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Hier gibt es höhere Baukosten und eine verzögerte Fertigstellung, alles das liegt letztendlich vor, aber das würde in keiner Weise dieses parlamentarische Instrumentarium rechtfertigen, und das ist auch in der Rede von Herrn Röwekamp nicht deutlich geworden. Ich bin der Meinung – auch das wurde schon angesprochen –, wir hätten einen Unterausschuss in der Gesundheitsdeputation bilden können, wir hätten den Fragen, die vorgelegt worden sind, durchaus noch weiter nachgehen können, wir haben die Möglichkeit zur Akteneinsicht, und wir sind bislang nicht davon ausgegangen, dass dieser Senat und die senatorische Behörde hier gezielt Verschleierung betreiben.

Ich möchte noch einmal sagen, was hier stattfindet – und das ist keine Kleinigkeit –, ist eine Verkehrung von Ursache und Wirkung. Der Untersuchungsausschuss wird eingesetzt, um den Eindruck zu erwecken, dass hier Schuldhaftes Versagen vorliegt, und ich glaube, man kann es so formulieren, er wird auch eingesetzt, um diesen Klinikverbund und seinen Institutionen etwas zu unterstellen, was wir aktuell nicht feststellen können. Er wird eingesetzt, weil die CDU die Ergebnisse einer Wahlumfrage vorliegen hat, die anscheinend nahelegen, dass es schön wäre, ihre Finanzkompetenz noch einmal zu untermauern.

(A) (Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte aber noch auf eines hinweisen, und das geht weit darüber hinaus: Die CDU will mit ihrem Antrag weit zurück in die historischen Ereignisse, es geht hier um die Entscheidung für oder gegen ein sogenanntes PPP-Modell. Die Propaganda, die hier gemacht wird, heißt: Private können es besser. Das ist in einer derart blauäugigen Art und Weise vorge-tragen, dass es geradezu provozierend ist.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der ursprüngliche Plan dieses PPP-Modell ist – darauf möchte ich gern noch einmal genauer eingehen –, ein privater Konzern betreibt einen Klinikneubau und nimmt dazu Geld bei einer Bank auf zu Konditionen, die die öffentliche Hand sonst bekommen würde, und er kann das, weil er es im Auftrag der Kommune macht. Es ist also eine unverbrüchliche Forderung, weil die Kommune auf jede mögliche Einrede verzichtet, weil letztendlich die Bank auch die Möglichkeit hat, diese Forderung weiterverkaufen zu können. Wenn der Investor zahlungsunfähig wird und nicht liefert, muss dafür die Kommune einstehen, und das ist etwas, wo hier ein Mythos nach dem Motto verbreitet wird, die Privaten würden privat haften. Das tun sie nicht, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Forderung an den Staat, unabhängig davon, ob auf dieser Baustelle. irgendetwas passiert er nicht, ist letztendlich ein hohes Risiko für die Kommune, die für die Folgen aufkommen muss.

Was man beim PPP-Modell wirklich nicht hat – und darum geht es ja hier im Moment –, ist Transparenz. Diese können wir an der Stelle in gar keiner Weise erwarten, auch nicht mit dem von der CDU so viel beschworenen Generalunternehmer. Man hat es mit einem Konzern zu tun, der seine Zahlen für sich behält. Welche Gewinnspannen er bei der Vergabe seiner Unteraufträge hat und wie er überhaupt genau kalkuliert, weiß man gar nicht, das heißt also, die gesamte Transparenz über die Pläne ist lange nicht so, wie es hier vorgegaukelt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Man hat ebenfalls keine Kontrolle über spätere Abläufe und Vergaben. Der private Erbauer ist nicht für Jahrzehnte der Betreiber des Baus, er wird auf Jahrzehnte für Leistungen bezahlt und macht Profit. Er macht das Facility-Management, übernimmt die Instandhaltung der Verwaltung und die Reinigung

des Gebäudes, so ist es jedenfalls oft, wenn ein PPP-Modell im Zusammenhang mit Krankenhäusern zur Grundlage gemacht wurde. Spätestens hier sollte man aufhorchen. Sie werden in dieser Republik keinen privaten Konzern finden, der Ihnen ein Krankenhaus schlüsselfertig zu einem Festpreis hinstellt, das beide Elemente enthält: volles Kreditrisiko für die öffentliche Hand, egal, was da passiert, und spätere Profite aus den Leistungsverträgen.

(C)

Ein PPP-Modell ist so etwas Ähnliches, wie wenn man sich einen Drucker kauft: Der Drucker ist günstig, aber dann müssen Sie die Farbpatronen zahlen, solange Sie diesen Drucker betreiben. Der Unterschied besteht darin, dass Sie den Drucker loswerden können, aber die Finanzierung des Krankenhauses haben Sie auf Jahrzehnte in der Verantwortung, falls das überhaupt ausreicht.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In weiten Teilen ist der Kampf der CDU für einen Untersuchungsausschuss tatsächlich so eine alte Werbekampagne für eine wiederzubelebende Ideologie. Er ist eine Verkaufskampagne für das Produkt privater Kapitalismus. Es ist geradezu von rührender Schlichtheit und Geschichtslosigkeit, wenn wir uns das ansehen. Wer sich heute hinstellt und sagt, mit einem PPP-Modell wäre alles besser gewesen, der soll sich doch die PPP- Modelle einmal ansehen! Die Elbphilharmonie wurde hier ja schon genannt, ganz spannend ist zum Beispiel auch die Londoner Metro. Ich möchte gar nicht wissen, wie viele Millionen im mehrstelligen Bereich ich letztendlich die britische Regierung dort inzwischen gezahlt hat.

(D)

Dann haben wir die Lkw-Maut mit Toll Collect. Können Sie sich erinnern? Auch eine ganz großartige Nummer, die dann glücklicherweise in der Versenkung verschwunden ist mit exorbitanten Verlusten! Es gibt viele Schulen, Krankenhäuser und Gefängnisse in Europa, bei denen die öffentliche Hand am Schluss gewaltige Summen gezahlt hat. Alle 16 Landesrechnungshöfe haben im Jahr 2006 gemeinsam ihre Skepsis gegenüber solchen Modellen geäußert.

Ich möchte noch einmal sagen, wenn wir schon bei der Werbekampagne für diese alte Wirtschaftspolitik sind, die wir in diese Große Koalition hineinführen lassen, jener Großen Koalition, die 150 Millionen Euro durch die Investition in den Space Park verloren hat, die Langzeitschäden wie die Rennbahn oder die Jacobs University verschuldet hat, die wir heute mühsam entsorgen, die Geld mit vollen Händen ausgegeben hat für Großprojekte, an denen Private viel Profit gemacht haben, und die für die öffentliche Hand einen Rattenschwanz von Schäden hervor-gebracht haben, wenn das die Botschaft ist, die über diesen Untersuchungsausschuss wieder in der Öffent-

- (A) lichkeit verkündet werden soll, dann können wir wirklich gern darauf verzichten.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sagen, wir hätten ja noch nichts in der Hand, womit wir den Untersuchungsausschuss begründen, aber wir könnten ja etwas finden. Es gibt viele Dinge, die schon sehr klar sind, die momentan schon auf dem Tisch liegen, und ich kann Ihnen genau sagen, was wir finden werden: Wir werden sehen, dass sich die PPP-Modelle für das Klinikum Bremen-Mitte auf eine Wirtschaftlichkeitsberechnung stützten, in der Alternativen nicht vorgesehen waren, das stand nämlich schon einmal im Bericht eines Untersuchungsausschusses von 2006/2007, oder dass ursprünglich öffentliche Investitionsbeteiligungen von 92 Millionen Euro genannt wurden, die dann ohne weitere Begründung wieder fallen gelassen wurden, oder dass es eine völlig irrsinnige Planung gab, nach der die Investitionskosten des Teilersatzneubaus vollständig daraus erwirtschaftet werden sollten, indem man von der Pavillonbauweise auf einen Monsterzentralbau umgelenkt hat. Auch das gab es, auch völlig absurd!

- (B) Es gibt auch eine lange Liste von privaten Beratungsfirmen, die an diesem durchaus nicht unerheblichen Prozess beteiligt waren und Geld daran verdient haben, und wir werden sehen, dass der damalige Masterplan aus dem Jahr 2008 völlig unrealistisch war und in der Versenkung verschwand. Es gibt viele Dinge, die wir da herausfinden werden, und es gibt vieles, was wir letztendlich schon herausgefunden haben, dafür brauchen wir aus unserer Sicht wirklich keinen Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird auch nicht reichen, ein paar Horrorgeschichten von schlecht ausgeführten Bauarbeiten auszubreiten. Es wird nicht reichen, das Hätte, Könnte, Sollte, das hier schon erwähnt worden ist, brauchen wir nicht.

Ich möchte aus meiner Erfahrung des letzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses einmal darauf hinweisen, dass auch damals die CDU mit sehr großen dicken Backen begonnen hat, darauf hinzuweisen, was sie alles finden wird, und dann mit einem dünnblütigen mageren fünfseitigen Minderheitenvotum wieder herausgekommen ist.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte jetzt schon darauf hinweisen, wenn Sie es wagen, sich im April hierhinzu stellen und das zu wiederholen, was wir aktuell schon wissen, und das auf ein paar Seiten ausbreiten nach dem Motto, wir von der CDU haben es ja schon immer gesagt, dann,

- (C) muss ich ehrlich sagen, geht der Schuss vollends nach hinten los.

Ich habe schon erwähnt, dass wir es nicht für wert erachten, diesen Untersuchungsausschuss zu unterstützen, wir haben das in der Fraktion auch gedreht und gewendet. Ich finde, man muss eine hohe parlamentarische Verantwortung haben, auch wenn man ein solches Instrument wählt. Ich bin nicht der Meinung, dass wir dieses Instrument über solche Entscheidungen in gewisser Hinsicht entwerfen sollten. Dem können wir uns nicht anschließen, deswegen werden wir dem auch nicht zustimmen. Wir werden uns selbstverständlich daran beteiligen und in gewohnter Art und Weise auch sachlich, inhaltlich und kompetent daran mitarbeiten. Das sind wir uns letztendlich auch schuldig.

Ich möchte eines noch einmal sagen: Nach unserer Einschätzung hat sich die Haltung in der GeNo und die Auseinandersetzung mit den wirklich schwerwiegenden Problemen, die vorliegen, deutlich geändert, auch nach dem letzten Untersuchungsausschuss. Ich möchte das an der Stelle honorieren, und ich möchte das auch weiter unterstützen. Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden, es ist nicht so, dass jetzt alles eitel Sonnenschein ist. Wir haben Defizite, wir haben Probleme, und das Ganze wird mit Sicherheit auch teurer werden. Es ist sehr bedauerlich, dass sich die Eröffnung weiter hinausschieben wird. Wir werden da sicher auch noch weitere Probleme haben. Auf der anderen Seite haben es aber die GeNo-Leitung und insbesondere auch die Beschäftigten und die Patienten verdient, dass wir uns unterstützend in diese Arbeit einbringen.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – und das ist das, was mich eigentlich an dieser Art Untersuchungsausschuss ärgert –, dass ein Krankenhaus nicht einzig und allein eine Profitmaximierungsanstalt ist, und darauf läuft es ja zum Teil hinaus. Das ist es nicht, und ich hoffe, dass sich diese Haltung nicht weiter ausbreitet.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt selbstverständlich die sehr große Problematik, dass wir uns nicht aus den Krankenhausinvestitionen herausziehen können. Wir setzen uns auf der Bundesebene verschärft dafür ein, dass die Finanzierung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens auf andere Füße gestellt werden muss. Das ist, finde ich, eigentlich der wesentliche Punkt, um den wir uns hier kümmern müssten. In dem Zusammenhang wäre es wichtig, alle Kraft darauf zu verwenden und nicht auf Untersuchungsausschüsse, die eine derart dünne Grundlage haben. – Danke!

(D)

(A) (Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Entschuldigen Sie bitte, dass ich mir während der Rede der Kollegin Frau Bernhard hin und wieder die Augen reiben musste, ich fühlte mich so ein bisschen in die Zeiten meines Studiums an der Bremer Universität zurückversetzt, an eine Vorlesung über Karl Marx und das Kapital.

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben Sie nicht aufgepasst! – Widerspruch bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ehrlicherweise wick das, was Sie gesagt haben, insbesondere aus ideologischer Überzeugung gegen private Unternehmen nicht sehr von dem ab, was Karl Marx seinerzeit einmal aufgeschrieben hat.

Sehr geehrte Frau Bernhard, ich finde, es ist schon bemerkenswert, mit welcher Unternehmerhats Sie versuchen, hier in Bremen Politik zu machen, und ich finde das genauso unverantwortlich.

(B) (Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich auch zu Ihnen, Herr Dr. Güldner, eben zwei Sätze sagen, weil Sie einmal so nonchalant unterstellt haben, ich hätte eine persönliche Nähe zur Bauindustrie! Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, die gibt es bei mir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass Sie der Institution angehören, die sich im Übrigen einen Auftrag am Teilersatzneubau mit einem sechsstelligen Honorarvolumen gesichert hat. Wenn es jemanden mit persönlichen Interessen in dieser Debatte gegeben hat, dann sicherlich nicht mich,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre Fraktion!)

sondern vielleicht eher Sie, Herr Dr. Güldner, das will ich auch einmal so deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man solche Fässer aufmacht, dann muss man darüber reden. Ich habe nichts davon, ich bin nicht daran beteiligt, auch nicht als Mitglied irgendeines

Verbands oder Vereins. Wenn Sie das sind, dann herzlichen Glückwunsch! Ich persönlich habe nichts von der Untersuchung und nichts von der Auftragsvergabe des TEN, das wollte ich nur noch einmal klarstellen, sehr geehrter Herr Dr. Güldner. (C)

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wissen es immer besser!)

Nun kann man natürlich Straßen und Krankenhäuser, Herr Tschöpe, miteinander vergleichen und sagen, weil das PPP-Modell beim Straßenbau gescheitert ist, ist es eben auch für Krankenhäuser ein ungeeignetes Instrument. Ich finde, das ist oberflächlich betrachtet. Wenn man pauschal denkt, in Ordnung.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Bundesrechnungshof!)

Ich habe mein Gegenbeispiel genannt, das im Übrigen auch un widersprochen geblieben ist. PPP-Modelle sind nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt, sie können Erfolg haben, wenn sie gut gemanagt, gut begleitet und politisch unterstützt werden. Genauso gilt aber für PPP-Verfahren wie auch für öffentliche Auftragsvergaben: Es gibt nicht die allein richtige Lösung.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach so!) (D)

Was mich gestört hat, Herr Dr. Kuhn, ist ja auch nicht, dass damals das PPP-Modell abge sagt worden ist, sondern mit welcher Begründung,

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

nämlich mit der Profitgier von Unternehmen, die nur an Krankenhausmitarbeiterinnen und -mitarbeitern verdienen wollten. So schlicht ist die Wahrheit eben auch nicht, Herr Dr. Kuhn! Die Baustelle, auf der im Moment am meisten Geld in Bremen verdient wird, ist die Baustelle des Teilersatzneubaus dieses Senats, Herr Dr. Kuhn. Profitgier zu mäßigen, ist ehrlicherweise kein Alleinstellungsmerkmal von öffentlicher Auftragsvergabe versus PPP, das kann es bei beiden geben, aber klar ist, dass bei diesem Bauvorhaben, das nicht als PPP-Modell durchgeführt wurde, eine Menge Fehler gemacht worden sind, die vielleicht mit einem PPP-Modell hätten vermieden werden können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unsere Auffassung, und deswegen haben wir nur gesagt, die ideologische Begründung dieser rot-grünen Regierung von damals war falsch, und dazu stehe ich auch. Es war falsch, es war damals popu-

(A) listisch, sich von einem gängigen Verfahren zu verabschieden, und die Rechnung bezahlen Sie eben heute, Herr Dr. Kuhn!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe im Übrigen, Herr Dr. Güldner, den Begriff Korruption nicht in den Mund genommen, das will ich ausdrücklich noch einmal sagen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Heute nicht mehr!)

Nein, überhaupt nicht! Es hat damals bezüglich eines Unternehmers, eines Gewerks den Verdacht gegeben, und ich habe von Anfang an auch im persönlichen Gespräch mit dem Gesundheitssenator darauf hingewiesen, dass wir, wenn es einen solchen Verdacht gibt, in Bremen eine gute Institution haben, die sich damit befassen kann, nämlich die Zentrale Antikorruptionsstelle, ZAKS, die sich unabhängig solcher Verfahren annimmt. Ich vertraue auch darauf, wenn es solche Anhaltspunkte gibt, dass die ZAKS die richtige Anlaufstelle dafür ist. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt, und dazu stehe ich an dieser Stelle auch.

Im Übrigen finde ich es bemerkenswert, dass die Finanzsenatorin eben dazwischen gemurmelt hat, na ja, wir sind als Staat eben ein schlechter Bauherr. Nein, das sind wir nicht! Jeden Tag, jeden Monat, jedes Jahr werden in Deutschland öffentliche Bauvorhaben termin- und fristgerecht im Kostenrahmen fertiggestellt. Auch in Bremen haben wir eine gute Erfahrung, dass wir als Bauherr auf Kosten und Termine achten können.

Ich will die großen Hafeninfrastukturprojekte nennen, ich will die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte nennen, die in überwiegender Anzahl natürlich termin- und fristgerecht erfolgt sind. Natürlich kann man auch ein Krankenhaus termin- und fristgerecht bauen. Es ist eben keine Naturgewalt, Frau Bürgermeisterin, dass man sagen muss, solche Bauvorhaben werden nie pünktlich, nie zeitgerecht und nie im Kostenrahmen fertig. Nein, wenn Sie so an das Amt herangehen, haben Sie, ehrlich gesagt, Ihre Aufgabe als Finanzsenatorin nicht verstanden!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe ja auch zur Kenntnis genommen, dass die GeNo auf einem rosigen Weg ist und allein die Gefahr besteht, die CDU könne durch ihre öffentlichen Politikbeiträge einen Beitrag dazu leisten, dass es anders wird.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Zusätzlich!)

Entschuldigen Sie bitte, dass wir daran interessiert sind zu erfahren, woher die 100 Millionen Euro Mehr-

kosten kommen. Ich will nur sagen, Sie, die Koalition und auch DIE LINKE, hat das bisher nicht interessiert.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben nicht einen Bericht angefordert, Sie haben nicht einen Fragenkatalog dazu verfasst, und Sie haben nicht eine parlamentarische Initiative zum Teilersatzneubau gestartet. Sie haben Augen, Ohren und Mund zugehalten und gehofft, dass das Gewitter vorbeizieht. Das ist aber nicht das Verständnis, das wir als CDU-Fraktion von unseren Abgeordnetenmandaten haben.

Wir wollen wissen, warum dieses Projekt so aus dem Ruder gelaufen ist, wir interessieren uns dafür. Wir glauben auch nicht, dass der Senator selbst immer das Interesse hat, die Abgeordneten zu informieren. Er hat nicht termingerecht informiert, er hat immer nur auf öffentlichen Druck reagiert, er hat nur Fragen beantwortet, er hat keinen eigenen Bericht abgegeben. Dieser Senator und dieser Senat haben kein Interesse an der Aufklärung der Umstände, die zu den Kostensteigerungen und Terminverzögerungen des Teilersatzneubaus geführt haben. Er hat von sich aus nichts unternommen, um das Parlament zu informieren, und Sie haben nichts unternommen, um irgendetwas zu erfahren, das ist die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Wenn es jetzt am Ende darum geht, einen Verantwortlichen zu finden und alle Schuld auf einen zu lenken, nämlich den vermeintlich bösen Trockenbauer, dann ist es auch Aufgabe dieses Ausschusses, dem nachzugehen, ob das denn mit der Faktenlage vereinbar ist. Natürlich ist es bequem zu sagen, wir haben hier einen, der verantwortlich und auch an allem schuld ist, auch an der Bauzeitverzögerung, und den haben wir von der Baustelle geworfen. Meine Damen und Herren, der Ausschuss wird auch zu klären haben, ob die Voraussetzungen dafür vorlagen.

Vielleicht wird der Ausschuss auch zu klären haben –

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss! –, weshalb eigentlich zufällig, wie vom Himmel gefallen, eine Mindestlohnkontrolle ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt stattfand, wer sie eigentlich veranlasst und ob es da irgendwelche Verbindungen gegeben hat. Daran wäre ich zum Beispiel auch einmal interessiert, genauso wie an der Frage, warum eigentlich der Bauherr GeNo nicht selbst durch Zugangskontrollen die Einhaltung der Mindestlohnvereinbarungen überwacht hat, wie wir es von anderen großen Baustellen, wie zum Beispiel die der Bremer Landesbank, kennen. Wenn dem Senat die Einhaltung der

(C)

(D)

(A) Mindestlohnvereinbarungen so wichtig ist, warum vertraut er dann eigentlich auf Subunternehmer und stellt die Überwachung der Mindestlohnvereinbarungen nicht selbst sicher, meine Damen und Herren? Auch eine Frage, ob da der rot-grüne Populismus mit der tatsächlichen Verhaltensweise in Einklang zu bringen ist!

(Beifall bei der CDU und bei BIW)

Ich will abschließend Folgendes sagen: Sie sagen, Ihnen reichen die Antworten des Senators für Gesundheit. Ich sage, mir reichen die Antworten des Gesundheitssenators nicht. Wenn er sagt, Bauverzögerungen sind in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen entstanden, bis in das Jahr 2012 konnten sie überwiegend nicht oder nicht dem alleinigen Verantwortungsbereich des Generalplaners zugeordnet werden, Bauherr und Projektsteuerer haben den Generalplaner immer wieder auf Mängel hingewiesen, dann sage ich ganz ehrlich, ich habe da erhebliche Zweifel, ob dies das Idealverhalten einer Bauaufsicht und Kontrolle über eine solche Großbaustelle ist.

(Glocke)

Ich freue mich, dass alle Fraktionen im Untersuchungsausschuss konstruktiv mitarbeiten wollen. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Röwekamp, ich ziehe mir ja viele der Vorwürfe zu, die Sie gegen unsere Fraktion entwickeln, aber in diesem Zusammenhang zu sagen, meine Fraktion hätte sich in den vergangenen Jahren in parlamentarischen Initiativen nicht mit der GeNo und dem Teilersatzneubau beschäftigt, ist schlicht und einfach falsch. Ich erinnere an diverse Anträge, in denen wir zum Ausdruck gebracht haben, eine finanzielle Entlastung für den Teilersatzneubau ist notwendig, es muss in diesem Hause entschieden werden, dass die Landesregierung der Pflicht nachkommt, Krankenhausinvestitionen zu tätigen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Mehr Geld haben Sie immer gefordert, das ist richtig!)

Das ist ja eines der entscheidenden Probleme, das haben Sie ganz richtig erkannt! Sie haben wunderbarerweise in Ihrer Rede unsere systematische Kritik, die wir in diesem Zusammenhang entwickelt haben, aufgenommen, und Sie haben sie sich zu eigen gemacht:

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Dann können Sie ja zustimmen!)

(C)

den Masterplan, die Investitionen auf Kosten der Beschäftigten erwirtschaften zu wollen und so weiter.

Eine der entscheidenden Fragen in dem Zusammenhang ist die Finanzierung, und dazu haben wir Anträge gestellt. Wenn Sie sich die Protokolle des Haushalts- und Finanzausschusses ansehen, werden Sie feststellen, dass der Vorwurf, wir hätten die Gremien nicht genutzt, falsch ist. Wir haben an diversen Punkten nachgefragt, und wir haben an diversen Punkten mit dafür gesorgt, dass Berichte erstellt werden. Alles, was Sie und wir über die jetzige Situation der GeNo wissen – wir wissen ja, was misslungen ist,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja?)

wir kennen zum großen Teil auch die finanziellen Risiken –, stammt aus den Gremien, die uns zur Verfügung stehen. Im Unterschied zu Ihnen nutzen wir dieses Parlament und seine Gremien für unsere kritische Oppositionsarbeit, und wir organisieren uns keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Unterstützung eines Wahlkampfes.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) (Beifall bei der CDU)

Im Übrigen stehen die Fragen im Raum, die dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss aber nicht beantworten wird: Gibt es ein systematisches Problem bei der Realisierung öffentlicher Bauvorhaben? Kann man diesem systematischen Problem begegnen, und was muss man dafür tun?

Ich habe mich einmal gefragt: Warum konnte der Generalplaner nicht ausgetauscht werden? Ich will dazu einmal ein paar Stichworte nennen: komplizierte Rechtsfragen mit dem Urheberrecht, das Fachwissen, man hätte sich lange mit ihm herumstreiten müssen, und man hätte nichts mehr gewusst.

Jetzt muss man wissen, der Generalplaner ist ein privater Unternehmer, er ist keine staatliche Institution, und deshalb ist zu fragen: Darf es eigentlich sein, dass wir jemanden mit der Planung eines öffentlichen Bauvorhabens beauftragen, dass der Planer regelmäßig Fehler macht und dass wir, wenn wir den Vertrag kündigen, vor dem Nichts stehen? Diese Frage müssen wir uns stellen, aber sie wird mit Sicherheit nicht von diesem parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantwortet werden, wir müssen sie anders angehen. Es sind die Gremien, die wir haben, die Ausschüsse, die Landesregierung und auch dieses Parlament gefragt. Sie müssen sich überlegen, wie wir zukünftig diese Zwangslage vermeiden. Deswegen finde ich es richtig, diese Frage zu diskutieren.

Niemand leugnet, dass die Kostensteigerungen ernst zu nehmen sind. Es ist angesichts der Finanz-

(D)

(A) lage Bremens dramatisch, dass dort viel mehr Geld ausgegeben werden muss und dass wir uns möglicherweise irgendwann noch einmal engagieren müssen. Jetzt aber einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der alles das, was wir schon wissen, noch einmal thematisiert, um anschließend zu sagen, ja, es ist eben nicht vernünftig gelaufen, nützt überhaupt nichts.

Mein Appell ist: Lassen Sie uns zu unserer eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit zurückkommen, nutzen wir die Gremien, unsere Ausschüsse, um zu entscheiden, welche Strukturen wir schaffen müssen, damit eine solche Zwangslage nicht wieder entstehen kann! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine falsche Behauptung, die von sehr vielen Mitgliedern dieses Hohen Hauses widerlegt werden kann, nämlich dass nur Sie sich um die wirtschaftlichen Belange und die Finanzrisiken der GeNo, einschließlich des Teilersatzneubaus gekümmert hätten, wird dadurch ja nicht wahrer, dass Sie, sehr geehrter Herr Röwekamp, sie mit sehr viel Verve vortragen. In jeder Sitzung der Gesundheitsdeputation, monatlich im Haushalts- und Finanzausschuss und durch einen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses ist permanent in den vergangenen Jahren über die wirtschaftliche Situation berichtet worden. Das ist nicht allein Ihr Verdienst, sondern die Thematik ist von allen Fraktionen und allen Mitgliedern in diese Gremien getragen worden. Sie können sich nun wirklich nicht hier hinstellen und behaupten, Sie wären die Einzigen, die sich in den vergangenen Jahren darum gekümmert haben. Es haben zu viele mitgewirkt, die glaubwürdig berichten können, dass auch das anders war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Den Versuch, das Engagement einer Nichtregierungsorganisation Transparency International mit den kommerziellen Interessen einer Bauindustrie zu vergleichen, finde ich drollig, und damit möchte ich es eigentlich auch belassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Mir ist noch aufgefallen, dass sehr viele Kolleginnen und Kollegen – Frau Kollegin Bernhard, der Kollege Tschöpe – doch noch einmal nachgefragt haben, warum Sie eigentlich nicht das ja auch sehr scharfe Schwert der Akteneinsicht genutzt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C)

Sie hätten beim Gesundheitssenator, bei der Finanzsenatorin sowie bei der GeNo alle Akten einsehen und über die Akteneinsicht schon wesentliche Erkenntnisse erzielen können. Komischerweise haben Sie auf alle übrigen Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, komplett verzichtet und sind quasi unter Umgehung aller parlamentarischen Instrumente von Ihrem Anfangsverdacht aus den direkten Weg zum Untersuchungsausschuss gegangen. Ihr Vorgehen ist nicht besonders glaubwürdig und nachvollziehbar bei uns angekommen, es sei denn, dass der Termin 10. Mai 2015 Ihre Entscheidung vielleicht ein bisschen beeinflusst hat. Anders kann Ihre Vorgehensweise hier, glaube ich, nicht begründet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann das PPP-Modell, also die vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der Privatwirtschaft und dem Staat, wirklich sehr intensiv diskutieren. Sie haben vollkommen recht, an dem Punkt, das sage ich auch, müssen wir uns den Fernstraßenbau, die Krankenhäuser und vieles andere anschauen. Meine Fraktion und ich gehören aber nicht zu denen, die sagen, es gibt nur ein Modell – das ist ein bisschen bei der LINKEN so, bei Ihnen ist es andererseits auch so, bei uns ist es nicht so –, das immer richtig ist. Das ist unserer Meinung nach nicht sachgerecht, denn man muss sich jedes Projekt und jedes Bauvorhaben anschauen und dann entscheiden, wie es umgesetzt werden soll.

(D)

Es waren keine einfachen Entscheidungen, die der Bremer Senat und die Koalition zu treffen hatten. Es war damals schon absehbar, dass es zu schwierigen Entscheidungen kommen wird, wenn man sich die Gemengelage, nämlich die Situation der GeNo und ein solch großes Bauvorhaben, anschaut. Es bleibt doch am Ende aus dieser Beratung heute übrig, dass es sich um eine wirklich gravierende, tiefgehende, auch seriöse und zu Recht angestoßene politische Debatte handelt, aber dass sie doch nicht in einen Untersuchungsausschuss mündet. Es sind doch nicht zum Beispiel Fragen zu beantworten, warum dieses Kind sterben konnte oder wer es in den Kühlschrank gelegt hat. Es ist doch eine politische Auseinandersetzung, die wir zu führen haben, und sie hat mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Form, in der es hier geschehen soll, eigentlich überhaupt nichts zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Genauso ist es abhängig vom Bauvorhaben schwierig zu entscheiden, ob ein Generalunternehmer beauftragt wird oder nicht. Manchmal wird darauf ver-

(A) zichtet, und es kommt zu Problemen, manchmal macht man es – und das ist hier auch gesagt worden –, und es entstehen noch größere Probleme. Auch das kann man in einem Untersuchungsausschuss letztendlich nicht politisch entscheiden, denn ein Untersuchungsausschuss kann keine politische Grundsatzentscheidung für Bremen treffen, ob es immer die richtige Haltung ist, einen Generalunternehmer einzusetzen, PPP zu bevorzugen oder darauf zu verzichten. Ich glaube, dass Sie Ihr Ziel mit einem Untersuchungsausschuss nicht erreichen können, denn es überfordert völlig dieses Instrument des Parlaments, meine Damen und Herren.

Weil es sich aber bei einem Untersuchungsausschuss um ein wichtiges, tiefgehendes und seriöses Instrument handelt, lassen Sie mich folgendermaßen enden: Sie haben in Ihrem zweiten Redebeitrag gefragt, ob bezüglich der Steuerung dieses Bauvorhabens ein Idealverhalten vorgelegen habe. Ich kann Ihnen freimütig die Antwort geben: Ganz bestimmt nicht! Erstens, wo ist das schon der Fall, und zweitens, wer würde gerade bei einem Bauvorhaben mit einem Volumen von 200 bis 300 Millionen Euro für sich beanspruchen, ideal gehandelt zu haben?

(B) In diesem Sinne sind wir als grüne Fraktion absolut bereit, uns zu beteiligen und zu schauen, wo Punkte aufgetreten sind, die ein Idealverhalten beeinflussen haben. Vielleicht verfassen wir auch einen gemeinsamen Bericht – das ist nach diesem Auftakt etwas fragwürdig, aber wir werden es versuchen –, und zwar zum Wohle der Menschen in Bremen und Bremerhaven und zum Wohle zukünftiger Bauvorhaben.

Wir werden uns konstruktiv beteiligen, wir werden in diesem Sinne sehr aktiv mitarbeiten, und wir werden versuchen, dass es zu sachlichen Lösungen der von Ihnen angesprochenen Fragen kommt. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Abgeordneten Frau Ahrens, Bensch, Bödeker, Dr. vom Bruch, Frau Grobien, Frau Grönert, Frau Häsler, Hinners, Imhoff, Kastendiek, Kau, Knäpper, Dr. Korol, Frau Neumeyer, Frau Piontkowski, Ravens, Röwekamp, Rohmeyer, Frau Salomon, Strohmam, Timke, Dr. Yazici mit der Drucksachen-Nummer 18/1453 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

(C)

Stimmenthaltungen?

(SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Der soeben angenommene Antrag sieht vor, dass der Untersuchungsausschuss aus zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern bestehen soll.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Wir kommen zur Wahl.

Wer den Wahlvorschlägen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 3 des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen bestimmt die Bürgerschaft den Vorsitzenden beziehungsweise die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses sowie den Stellvertreter beziehungsweise die Stellvertreterin. Beide müssen verschiedenen Fraktionen angehören.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den Abgeordneten Fecker für die Wahl zum Vorsitzenden vorgeschlagen, die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Frau Grotheer als stellvertretende Vorsitzende vorgeschlagen.

Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer den Abgeordneten Fecker zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Fecker zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD abstimmen.

Wer die Abgeordnete Frau Grotheer zur stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(D)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Frau Grotheer zur stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

(Einstimmig)

Ich bitte den Abgeordneten Fecker, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

(C)

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 12.45 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

(B)

(D)

